

Schriften des Frankfurter Instituts  
für das Recht der Europäischen Union  
Band 11



Helene Gerhardt

# Möglichkeiten und Grenzen einer strategischen Vergabe öffentlicher Aufträge



**Nomos**

Schriften des Frankfurter Instituts für  
das Recht der Europäischen Union

Herausgegeben von

Prof. Dr. Christoph Brömmelmeyer  
Prof. Dr. Ulrich Häde  
Prof. Dr. Wolff Heintschel von Heinegg  
Prof. Dr. Gudrun Hochmayr  
Prof. Dr. Eva Kocher  
Prof. Dr. Carsten Nowak  
Prof. Dr. Matthias Pechstein  
Prof. Dr. Michael Stürner

Band 11

Helene Gerhardt

# Möglichkeiten und Grenzen einer strategischen Vergabe öffentlicher Aufträge



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Frankfurt (Oder), Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-7935-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-2320-6 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Diese Arbeit lag der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) im Sommersemester 2019 als Dissertation vor. Die mündliche Prüfung fand am 2. Juli 2020 statt. Rechtsprechung und Literatur konnten im Wesentlichen bis zum Zeitpunkt des Abschlusses des Manuskripts im Mai 2019 berücksichtigt werden, einige neuere Entwicklungen wurden vor Drucklegung im September 2020 nachträglich ergänzt.

Mein Dank gilt in erster Linie meinem Doktorvater Prof. Dr. Carsten Nowak, der mein Promotionsvorhaben in vielfältiger Weise gefördert und betreut und wichtige Impulse gegeben hat. Ich bedanke mich auch bei Prof. Dr. Ines Härtel für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und die anregende Diskussion im Rahmen der Disputation.

Viele weitere Menschen haben zu dem Gelingen dieser Arbeit mittelbar und unmittelbar beigetragen. An erster Stelle sind dabei Dr. Carolin Strauß-Dürig und Dr. Ernst Pfeiffer zu nennen, die mir wertvolle Hinweise und Anregungen bei der mühevollen Schlusskorrektur des Manuskripts gaben. Die gemeinsame Zeit mit Philipp Strauß und Dr. André Gilles in der Bibliothek sowie den damit verbundenen wertvollen Austausch behalte ich in sehr schöner Erinnerung. Dr. Annette Mutschler-Siebert hat mir die nötigen Freiheiten für eine berufsbegleitende Promotion eingeräumt und den langwierigen Prozess geduldig begleitet und damit den Abschluss des Vorhabens überhaupt erst ermöglicht. Ihnen allen bin ich in besonderem Maße zum Dank verpflichtet. Mein größter Dank gilt Philip Pfeiffer für seine unschätzbare Unterstützung auf allen Ebenen.



## Inhaltsverzeichnis

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	17
<i>1. Kapitel: Einleitung</i>	27
A. Hintergrund und Fragestellung	28
B. Gang der Untersuchung	34
C. Terminologische Vorüberlegungen	35
I. Vergabefremde Kriterien – Sekundärzwecke – strategische Beschaffung	35
II. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung	42
<i>2. Kapitel: Chronologischer Überblick zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten: Vom reinen Haushaltsrecht zur strategischen Vergabe mit Leitbildcharakter</i>	47
A. Systematik des Vergaberechts und Überblick über den Rechtsrahmen	47
I. Ober- und Unterschwellenvergaben	47
II. Kaskadenprinzip	49
III. Maßgebliches Regelwerk für eine nachhaltige Beschaffung	50
1. Völkerrecht	50
2. Unionsrechtliche Vorgaben	52
3. Deutsches Recht	53
B. Rechtslage bis 2004 – normative Vorgaben	54
I. EG-weit: Erste Konsolidierung und Schaffung der Basisrichtlinien	55
1. Normativer Rahmen	55
a) Primärrecht	55
b) Sekundärrecht	55
2. Nachhaltigkeit in den Gründungsverträgen	57
3. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten im europäischen Richtlinienrecht	59

*Inhaltsverzeichnis*

II. National: Von der „haushaltsrechtlichen Lösung“ zum Kartellvergaberecht	64
1. Normatives Gerüst	64
2. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten im deutschen Vergaberecht ab 1999	66
a) Schutz mittelständischer Interessen	67
b) „Andere oder weitergehende Anforderungen“	68
c) Wertung und Zuschlagsentscheidung	74
III. Zusammenfassung	76
C. Nachhaltige Vergabekriterien in der Rechtsprechung des EuGH vor 2004	76
I. EuGH – <i>Beentjes</i> (1988)	77
1. Die Entscheidung im Einzelnen	78
2. Diskussion	80
3. Zusammenfassung und Bewertung	83
II. EuGH – <i>Evans Medical Ltd und Macfarlan Smith Ltd</i> (1995)	84
1. Die Entscheidung im Einzelnen	85
2. Interpretation und Zwischenergebnis	86
III. EuGH – <i>Nord-Pas-de-Calais</i> (2000)	87
1. Die Entscheidung und ihre Interpretation	88
2. Rezeption	90
3. Bewertung und Zwischenergebnis	92
IV. EuGH – <i>Concordia Bus Finland</i> (2002)	93
1. Die Entscheidung im Einzelnen	94
2. Rezeption	97
3. Bewertung und Ergebnis	99
V. EuGH – <i>Wienstrom</i> (2003)	101
1. Die Entscheidung im Einzelnen	101
2. Interpretation und Bewertung	103
VI. Zusammenfassung der EuGH-Rechtsprechung zu „vergabefremden Aspekten“ bis 2004	105
D. Der neue Rechtsrahmen 2004 – Die Vergabekoordinierungsrichtlinie und ihre Umsetzung	106
I. Das neue Europäische Vergaberecht ab der Koordinierung 2004	107
1. Novellierungsvorhaben	107



2. Berücksichtigung von politischen Zwecken im neuen EU-Vergaberechtsrahmen	108
a) Bestimmung des Auftragsgegenstandes und Vorgaben in der Leistungsbeschreibung	111
b) Eignungsprüfung	113
c) Zuschlag	116
(1) Wirtschaftlichkeitsbegriff in der neuen Richtlinie	117
(2) Kriterienkatalog	120
(3) Gewichtung	121
(4) Zusammenfassung	121
d) Ausführungsbedingungen	122
e) Ergebnis	124
II. Umsetzung in Deutschland 2009	126
1. GWB, neue Rechtslage 2009	127
a) Mittelstandsklausel	128
b) Eignung	130
c) Auftragsausführungsbedingungen	131
d) „Andere oder weitergehende Anforderungen“	134
2. Landesvergaberecht	136
a) Einer landeseigenen Regelung zugängliche Rechtsmaterien	137
b) Überblick über Festlegungen auf Landesebene	138
c) Exkurs: Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Berliner Tarifregelung	138
III. Zusammenfassung	141
E. Rechtsprechung des EuGH auf der Grundlage des durch die Vergabekoordinierungsrichtlinie gebildeten Rechtsrahmens	142
I. EuGH – <i>Rüffert</i> (2008)	143
1. Die Entscheidung im Einzelnen	144
2. Interpretation	147
3. Vorläufiger Befund	152
II. EuGH – <i>Bundesdruckerei</i> (2014)	154
1. Die Entscheidung im Einzelnen	154
2. Wertung und Rezeption	156
3. Zwischenergebnis	159
III. EuGH – <i>RegioPost</i> (2015)	160
1. Die Entscheidung im Einzelnen	161
2. Wertung und Rezeption	164

*Inhaltsverzeichnis*

3. Zusammenfassung	166
IV. Zwischenfazit	168
V. EuGH – <i>MAX HAVELAAR/EKO</i> (2012)	169
1. Die Entscheidung im Einzelnen	169
a) Umweltgütezeichen zur Definition des Auftragsgegenstandes	170
b) Rückgriff auf Umweltgütezeichen bei der Zuschlagsentscheidung	172
c) Eignungsanforderungen im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der Unternehmen	174
2. Wertung und Rezeption	174
3. Ergebnis	176
F. Die neuen Vergaberichtlinien von 2014	177
I. Primärrechtlicher und politischer Hintergrund	177
II. Das Richtlinienpaket im Überblick	182
III. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsanliegen in der neuen VRL	184
1. Mittelstandsschutz	185
2. Leistungsbeschreibung; Verwendung von Gütezeichen	186
3. Eignung	189
4. Zuschlagskriterien	191
5. Ausführungsbedingungen	195
IV. Zusammenfassung	199
G. Grundlagen der Umsetzung in deutsches Recht 2016	200
I. Die neue Struktur des deutschen Vergaberechts	201
1. Grundlagen des Vergaberechts im GWB	202
2. Untergesetzliche Regelungen	202
3. Vergaben unterhalb der Schwellenwerte	204
II. Materielle Neuerungen des neuen deutschen Vergaberechts im Allgemeinen	204
III. Stärkung der sozialen, ökologischen und innovativen Aspekte – Überblick	205
1. Hervorhebung von Nachhaltigkeitsaspekten in den Grundsätzen	206
2. Sonstige Neuerungen	209
a) Leistungsbeschreibung	209
b) Eignungsprüfung	210
c) Auswahlentscheidung und Zuschlag	211
d) Ausführungsbedingungen	211

e) Soziale und andere besondere Dienstleistungen	212
IV. Zusammenfassung	213
H.Zwischenfazit: Nachhaltigkeit als neue Grundannahme?	214
3. Kapitel: <i>Völker-, unions- und verfassungsrechtliche Schranken sowie Gestaltungsspielräume für die Einbindung von Nachhaltigkeitsaspekten in die öffentliche Beschaffung</i>	223
A. Übergeordnete rechtliche Grenzen	223
I. Völkerrecht	223
1. Öffentliche Beschaffung innerhalb des WTO-Regimes	224
2. Maßgebliche Vorgaben des GPA 2012 für die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten	226
3. Sonstiges internationales Vergaberecht	228
II. Übergeordnetes Unionsrecht	229
1. Wesentliche Grundsätze des Primärrechts	230
a) Allgemeines Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	232
b) Grundfreiheiten	234
c) Abgeleitete Grundprinzipien des Vergaberechts	239
2. Kollidierendes europäisches Wirtschaftsrecht	241
a) EU-Beihilfenrecht, Art. 107 ff. AEUV	242
b) Kartellrechtliches Missbrauchsverbot, Art. 102 AEUV	249
III. Nationales Recht	254
1. Verfassungsrecht	254
2. Übergeordnete Rechtsprinzipien des deutschen Vergaberechts	258
a) Wettbewerbsgrundsatz und Gleichbehandlung	259
b) Transparenzgrundsatz	261
c) Wirtschaftlichkeitsgebot und Verhältnismäßigkeit	261
3. Besonderheiten für das Landesvergaberecht	263
a) Anwendungsbereich des vergabespezifischen Landesrechts	264
b) Sonderfall: Tariftreue und Mindestlöhne	266
B. Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume der öffentlichen Auftraggeber	268
I. Ausgangspunkt: Weitgehende Beschaffungsfreiheit	269
II. Gestaltungsfreiheit im weiteren Verfahrensverlauf	271
C. Ergebnisse des dritten Kapitels	275

*Inhaltsverzeichnis*

<i>4. Kapitel: Anknüpfungspunkte für die strategische Vergabe im konkreten Beschaffungsvorgang</i>	278
A. Überblick: Phasen der öffentlichen Auftragsvergabe	278
B. Erste Phase: Festlegung der Eckpfeiler des Beschaffungsvorhabens	279
I. Ermittlung des Bedarfs und Festlegung des Auftragsgegenstandes	280
1. Bedarfsanalyse	280
2. Festlegung der Eigenschaften des Beschaffungsgegenstandes	281
3. Markterkundung	283
II. Erstellung der Leistungsbeschreibung; technische Spezifikationen	285
1. Möglichkeiten zur Berücksichtigung strategischer Aspekte im Allgemeinen	287
a) Anforderungen an ausgewählte Merkmale in der Leistungsbeschreibung	288
b) Nachweisführung durch Gütezeichen	292
2. Pflichten zur Berücksichtigung strategischer Aspekte im Speziellen	295
a) Energieverbrauchsrelevante Liefer- und Dienstleistungen	295
b) Beschaffung von Straßenfahrzeugen	297
c) Zugänglichkeitsanforderungen; Design für Alle	299
d) Verpflichtend einzubindende Vorgaben auf Landesebene	302
3. Zulassung von Nebenangeboten	303
III. Einflussmöglichkeiten durch die Auswahl der Verfahrensart	305
IV. Sonderfall: Privilegierte Vergabe an sog. geschützte Werkstätten u.ä. Unternehmen	307
V. Zusammenfassung mit Praxisbeispiel	308
C. Zweite Phase: Überprüfung der Eignung der interessierten Unternehmen	310
I. Zuverlässigkeit; Ausschlussgründe	311
1. Zwingende Ausschlussgründe	311
2. Fakultative Ausschlussgründe	313
II. Eignung im engeren Sinne	316
1. Berücksichtigung umweltbezogener oder sozialer Eignungsanforderungen	317

2. Verbindung zum Auftragsgegenstand; Verhältnismäßigkeit	321
III. Vergaberechtliche Compliance dritter, in den Auftrag einzubeziehender Unternehmen	323
1. Eignungsprüfung bei Unterauftragnehmern und sonstigen Dritten	324
2. Eignungsprüfung bei eignungsleihenden Unternehmen	326
IV. Zusammenfassung	329
D. Dritte Phase: Wertung und Zuschlag	330
I. Die Zuschlagsentscheidung; Rechtsrahmen	330
II. Kernfrage: Wirtschaftlichkeitsbegriff	331
III. Auswahl nachhaltiger Zuschlagskriterien	335
1. Sonderfall: Zwingend einzubindende Nachhaltigkeitskriterien	336
2. Gesetzliche Anforderungen an frei gewählte strategische Zuschlagskriterien	339
a) Auftragsgegenstandsverbindung	341
b) Überprüfbarkeit	345
c) Verhältnismäßigkeit	347
d) Transparenz	350
3. Beispiele frei gewählter strategischer Zuschlagskriterien	350
a) Lebenszykluskosten	351
b) Umweltbezogene Zuschlagskriterien	354
c) Soziale Zuschlagskriterien	355
IV. Gewichtung	359
V. Besonderheiten bei der Durchführung der Wertung	362
VI. Zusammenfassung mit Praxisbeispiel	365
E. Vierte Phase: Verpflichtungen für die Auftragsdurchführung	367
I. Überblick	367
II. Bei der Ausführung aller öffentlichen Aufträge einzuhaltende Rechtsvorschriften, § 128 Abs. 1 GWB	368
1. Regelungsgehalt der Norm	368
a) Bezugsort – welche Rechtsordnung ist einschlägig?	369
b) Besondere Behandlung der völkerrechtlichen Verpflichtungen?	372
c) Zwischenergebnis	374
2. Anwendung auf Unterauftragnehmer oder andere Dritte	374
3. Kontrollierbarkeit und Durchsetzbarkeit	376

*Inhaltsverzeichnis*

III. Individualvertraglich festgelegte besondere Bedingungen für die Ausführung eines Auftrags, § 128 Abs. 2 GWB	378
1. Wesen der Ausführungsbedingungen	378
2. Mögliche strategische Ausführungsbedingungen	380
3. Anforderungen für die Einbeziehung	383
a) Verbindung zum Auftragsgegenstand	383
b) Verhältnismäßigkeit	384
c) Transparenz	386
4. Anwendung auf Unterauftragnehmer und andere Dritte	387
5. Überprüfbarkeit der Bieterangaben	388
6. Kontroll- und Durchsetzungsmechanismen	390
IV. Zwingend zu berücksichtigende Ausführungsbedingungen, § 129 GWB	391
1. Inhalt der Norm	391
2. Materielle Anforderungen	393
3. Beispiele für zwingend einzubeziehende strategische Ausführungsbedingungen	395
a) Tariflohnvorgaben und Mindestlöhne	396
b) ILO-Kernarbeitsnormen	398
c) Umweltbezogene Ausführungsbedingungen auf Länderebene	400
d) Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie	401
4. Folgen einer Verletzung solcher Ausführungsbedingungen; Durchsetzbarkeit	403
V. Zusammenfassung und Praxisbeispiel	403
F. Konsequenzen einer fehlerhaften strategischen Vergabe und Rechtsschutz	406
G. Zwischenergebnisse und Entscheidungsdirektiven für die Auswahl und Einbeziehung strategischer Aspekte	409
5. Kapitel: <i>Die strategische Vergabe in der Rechtsanwendung anhand thematischer Problemkreise – Beispiele, Umsetzungsschwierigkeiten und Perspektiven</i>	414
A. Überblick: Anwendungshürden und Lösungsansätze im Allgemeinen	414
I. Erwartungen der Europäischen Kommission an die Intensivierung der strategischen Vergabe in der Praxis	417

II. Umsetzung in Deutschland	419
B. Gewährleistung nachhaltiger Warenkreisläufe bzw. Wertschöpfungsketten	423
I. Soziale Mindeststandards entlang der gesamten Produktions- bzw. Lieferkette	426
1. Schutzbereich der Mindeststandards und relevante Verstöße	426
2. Umsetzung in der Praxis	429
a) Einbeziehung als Ausführungsbedingungen: Inhalte von Klauseln und Verpflichtungserklärungen	429
b) Formulierungsvorschläge	434
c) Einbeziehung auf der Wertungsebene	436
II. Berücksichtigung umweltschutzrelevanter Merkmale im Lebenszyklus einer Ware bzw. Dienstleistung	439
1. Potentielle Umweltgefährdungen im Lebenszyklus von Waren bzw. Dienstleistungen	439
2. Umsetzung in der Praxis	441
3. Problemkreis Transportentfernungen und Standortnähe	443
III. Zusammenfassung	446
C. Einbindung gesellschaftspolitischer Belange in die öffentliche Beschaffung	447
I. Maßnahmen der Inklusion bzw. der sozialen Teilhabe	448
1. Bevorzugung von Inklusionswerkstätten oder -betrieben	449
2. Maßgaben in der Leistungsbeschreibung	450
3. Zuschlagskriterien, die an Aspekte der Inklusion anknüpfen	451
4. Auftragsausführung	452
II. Gleichstellungspolitik, Frauenförderung, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Ausbildungsförderung	453
1. Vorgaben auf Bundesebene	454
2. Vorgaben auf Länderebene	456
3. Umsetzung in der Praxis	460
III. Quotenregelungen	461
1. Fragen der Verbindung zum Auftragsgegenstand	463
2. Fragen der Verhältnismäßigkeit	464
IV. Sonderfall: Scientology-Schutzklauseln	465
1. Grundrechtseingriff	466
2. Vergaberechtsspezifische Anforderungen	467

*Inhaltsverzeichnis*

V. Zusammenfassung	470
D. Durchsetzung primär wirtschafts- sowie sicherheitspolitischer Interessen	471
I. Mittelstandsförderung	472
1. Grundsatz der losweisen Vergabe	476
2. Nachweiserleichterungen im Bereich der Leistungsfähigkeit	478
3. Regelungen zu Bietergemeinschaften	480
4. Weitere Instrumente zur Förderung des Mittelstands	481
5. Landesrechtliche Vorgaben	481
II. Förderung von Innovation	483
1. Instrumente der Innovationsförderung im geltenden Vergaberecht	486
2. Hemmnisse für den innovationsfördernden Einkauf	488
3. Lösungsvorschläge für die Praxis	490
III. Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit von Informationen; No-Spy-Garantie	492
1. Gegenstand möglicher Ausführungsbedingungen	493
2. Besonderer Anwendungsfall: Der No-Spy-Erlass des BMI	495
IV. Zusammenfassung	501
E. Ergebnisse	502
<i>6. Kapitel: Schlussbetrachtungen</i>	<i>505</i>
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	505
I. Erstes Kapitel – Einleitung	505
II. Zweites Kapitel – Rechtsentwicklung	506
III. Drittes Kapitel – Übergeordnete Schranken und Gestaltungsspielräume	508
IV. Viertes Kapitel – Konkrete Anknüpfungspunkte für eine strategische Vergabe	509
V. Fünftes Kapitel – Strategische Vergabe in der Praxis	512
B. Ausblick	513
<i>Literaturverzeichnis</i>	<i>515</i>



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Auffassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften/Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz/Absätze
a.E.	am Ende
AEntG	Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) vom 20.4.2009 (BGBl. I S. 799), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.7.2017 (BGBl. I S. 2739)
AEnt-RL	Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.12.1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (Entsenderichtlinie), ABl. 1997, Nr. L 18, S. 1 ff.
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
Anm.	Anmerkung
AnwZert BauR	AnwaltZertifikatOnline – Bau- und Architektenrecht (Online Publikationen)
ArbuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BAnz.	Bundesanzeiger
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BbgVergG	Brandenburgisches Gesetz über Mindestanforderungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen (Brandenburgisches Vergabegesetz) vom 29.9.2016 (GVBl. I Nr. 21)
Bd.	Band/Bände
Begr.	Begründer(in)
BerlAVG	Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz vom 8.7.2010 (GVBl. S. 399), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5.6.2012 (GVBl. S. 159)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch

*Abkürzungsverzeichnis*

BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGG	Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz) vom 27.4.2002 (BGBI. I S. 1467), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.7.2018 (BGBI. I S. 1117)
BGH	Bundesgerichtshof
BHO	Bundshaushaltsordnung vom 19.8.1969 (BGBI. I S. 1284), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.8.2017 (BGBI. I S. 3122)
BMI	Bundesministerium des Innern
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMUB bzw. BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit bzw. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bzw. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BR-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundesrates
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
ders./dies.	derselbe/dieselbe(n)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DSRI	Deutsche Stiftung für Recht und Informatik
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
ebd.	ebenda
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEE	Einheitliche Europäische Eigenerklärung
EG	Erwägungsgrund/Erwägungsgründe bzw. Europäische Gemeinschaften/Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

EL	Ergänzungslieferung
endg.	endgültig
engl.	englisch
EPPPL	European Procurement & Public Private Partnership Law Review (Zeitschrift)
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Gericht als Teil des Gerichtshofs der Europäischen Union i.S.v. Art. 19 EUV der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof als Teil des Gerichtshofs der Europäischen Union i.S.v. Art. 19 EUV
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.V.	eingetragener Verein
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f./ff.	folgend(e)
Fn.	Fußnote(n)
FFV	Verordnung über die Förderung von Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Landes Berlin (Frauenförderverordnung) i.d.F. vom 23.8.1999 (GVBl. S. 498), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19.7.2011 (GVBl. S. 362)
FS	Festschrift
gem.	gemäß
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GPA	<i>Government Procurement Agreement</i> – Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen
GPP	<i>Green Public Procurement</i> – Leitinitiative der Europäischen Kommission zur umweltgerechten Beschaffung
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Grundrechtecharta)

Abkürzungsverzeichnis

grds.	grundsätzlich
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 26.6.2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.10.2017 (BGBl. I S. 3618)
GWB 1999	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen i.d.F. der durch das Gesetz zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgRÄG) vom 26.8.1998 (BGBl. I S. 2512) bewirkten Änderungen
GWB 2009	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen i.d.F. der durch das Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts vom 20.4.2009 (BGBl. I S. 709) bewirkten Änderungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz) vom 19.8.1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.8.2017 (BGBl. I S. 3122)
h.M.	herrschende Meinung
HmbVgG	Hamburgisches Vergabegesetz vom 13.2.2006 (HmbGVBl. S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.7.2017 (HmbGVBl. S. 222)
Hrsg.	Herausgeber(in)
Hs.	Halbsatz
HVTG	Hessisches Vergabe- und Tariftreuegesetz vom 19.12.2014 (GVBl. S. 354), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5.10.2017 (GVBl. S. 294)
IAO/ILO	Internationale Arbeitsorganisation bzw. <i>International Labour Organization</i> – UN-Sonderorganisation
IBRRS	IBR-Rechtssachen – Entscheidungssammlung der online-Datenbank für das Bau-, Architekten- und Immobilienrecht IBR ( <a href="http://www.ibr-online.de">www.ibr-online.de</a> )
i.d.F.	in der Fassung
i.E.	im Ergebnis
insb.	insbesondere
i.S.d./i.S.v.	im Sinne des/der, im Sinne von
IT	Informationstechnologie
i.Ü.	im Übrigen
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)

JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
KommJur	Kommunaljurist (Zeitschrift)
KonzVgV	Verordnung über die Vergabe von Konzessionen (Konzessionsvergabeverordnung) vom 12.4.2016 (BGBl. I S. 624, 683), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.7.2017 (BGBl. I S. 2745)
krit.	kritisch
KRL	Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 über die Konzessionsvergabe (Konzessionsrichtlinie), ABl. 2014, Nr. L 94, S. 243 ff.
LGG	Landesgleichstellungsgesetz
LHO	Landeshaushaltsordnung
lit.	litera
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
LTMG-BW	Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden- Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz) vom 16.4.2013 (GBl. S. 50), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.11.2017 (GBl. S. 597, 606)
LTTG-RhPf	Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben in Rheinland-Pfalz (Landestariftreuegesetz) vom 1.12.2010 (GVBl. S. 426), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8.3.2016 (GVBl. S. 178)
LVerf	Landesverfassung
LVG-SA	Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge in Sachsen-Anhalt (Landesvergabegesetz) vom 19.11.2012 (GVBl. S. 536), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2015 (GVBl. S. 562)
MiLoG	Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) vom 11.8.2014 (BGBl. I S. 1348), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.7.2017 (BGBl. I S. 2739)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NGO	<i>Non-Governmental Organisation</i> – Nichtregierungsorganisation
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer(n)
NRW	Nordrhein-Westfalen

*Abkürzungsverzeichnis*

NTVergG	Niedersächsisches Gesetz zur Sicherung von Tariftreue und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz) vom 31.10.2013 (GVBl. S. 259), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.12.2016 (GVBl. S. 301)
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
o.a.	oder andere
OLG	Oberlandesgericht
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPP	öffentlich-private Partnerschaft(en)
ParlStS	Parlamentarische(r) Staatssekretär(in)
<i>pass.</i>	passim
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer(n)
Rs.	Rechtssache(n)
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite(n) bzw. Satz/Sätze
s.	siehe
SektVO	Verordnung über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Bereich des Verkehrs, der Trinkwasserversorgung und der Energieversorgung (Sektorenverordnung) vom 12.4.2016 (BGBl. I, S. 624, 657), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.7.2017 (BGBl. I S. 2745)
SGB	Sozialgesetzbuch
Slg.	Amtliche Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs und des Gerichts der Europäischen Union
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannte(r)
SPNV	Schienenpersonennahverkehr

SRL	Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG (Sektorenrichtlinie), ABl. 2014, Nr. L 94, S. 243 ff.
SRPP	<i>Socially Responsible Public Procurement</i> – Leitinitiative der Europäischen Kommission zur sozialgerechten Beschaffung
std. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
s.u.	siehe unten
TED	<i>Tenders Electronic Daily</i> – Online Version des Supplements zum Amtsblatt der Europäischen Union für das europäische öffentliche Auftragswesen, zugänglich über <a href="http://www.ted.europa.eu">www.ted.europa.eu</a>
ThürVgG	Thüringer Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Thüringer Vergabegesetz) vom 18.4.2011 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.7.2013 (GVBl. S. 202)
TTG-SH	Schleswig-Holsteinisches Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein) vom 31.5.2013 (GVOBl. S. 239)
TVgG-NRW	Nordrhein-westfälisches Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen) i.d.F. vom 31.1.2017 (GVBl. S. 261)
TVgG-Br	Bremisches Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe (Tariftreue- und Vergabegesetz) vom 24.11.2009 (Brem.GBl. S. 476), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.12.2017 (Brem.GBl. S. 773)
Tz.	Textziffer
UA	Unterabsatz
u.a.	unter anderem bzw. und andere
u.ä.	und ähnliche
UBA	Umweltbundesamt
UN	<i>United Nations</i> – Vereinte Nationen
usw.	und so weiter

*Abkürzungsverzeichnis*

UVgO	Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung) – Ausgabe 2017 – vom 2.2.2017 (BAnz. AT vom 7.2.2017, B1)
v.a.	vor allem
verb. Rs.	verbundene Rechtssachen
VerfGH NRW	Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen
VergabeR	Zeitschrift für das gesamte Vergaberecht
VergStatVO	Verordnung zur Statistik über die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen (Vergabestatistikverordnung) vom 12.4.2016 (BGBl. I S. 624, 691)
VG	Verwaltungsgericht
VgG M-V	Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge in Mecklenburg-Vorpommern (Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern) vom 7.7.2011 (GVOBl. M-V S. 411), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2015 (GVOBl. M-V S. 587)
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung) vom 12.4.2016 (BGBl. I S. 624), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.7.2017 (BGBl. I S. 2745)
VK	Vergabekammer
VKR	Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31.3.2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge (Vergabekoordinierungsrichtlinie), ABl. 2004, Nr. L 134, S. 114 ff.
VOB/A 2009	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A) – Ausgabe 2009 – i.d.F. vom 31.7.2009 (BAnz. Nr. 155a vom 15.10.2009)
VOB/A 2012	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A) – Ausgabe 2012 – i.d.F. vom 24.10.2011 (BAnz. Nr. 182a vom 2.12.2011)
VOB/A 2016	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A) – Ausgabe 2016 – vom 7.1.2016 (BAnz. AT vom 19.1.2016 B3)
VOF	Vergabeordnung für freiberufliche Dienstleistungen (VOF) – Ausgabe 2009 – i.d.F. vom 18.11.2009 (BAnz. Nr. 185a vom 8.12.2009)



VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A (VOL/A) – Ausgabe 2009 – i.d.F. vom 20.11.2009 (BAnz. Nr. 196a vom 29.12.2009)
VPR	Vergabep Praxis & -recht (Zeitschrift)
VRL	Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (allgemeine Vergaberichtlinie), ABl. 2014, Nr. L 94, S. 65 ff.
VSVgV	Vergabeverordnung für die Bereiche Verteidigung und Sicherheit zur Umsetzung der Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13.7.2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG (Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit – VSVgV) vom 12.7.2012 (BGBl. I S. 1509), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.7.2017 (BGBl. I S. 2745)
VwV	Verwaltungsvorschrift
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung (Zeitschrift)
WSI-Mitteilungen	Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung
WTO	<i>World Trade Organization</i> – Welthandelsorganisation
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z.B.	zum Beispiel
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Zi.	Ziffer(n)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z.T.	zum Teil
zugl.	zugleich
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht

